

„Alle Möglichkeiten gegenüber BATOPIN nutzen, um Verbesserungen zu erwirken“

Bankautomaten: Regierung und Bürgermeister bündeln Protest

„Verordnen können wir Verbesserungen nicht, aber wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um gegenüber dem Bankensektor und insbesondere dem Betreiber BATOPIN eine verbesserte Verfügbarkeit und kundenfreundlichere Gestaltung des Angebots von Geldautomaten in der Region zu erwirken“ – so lässt sich das Ergebnis einer ersten Taskforce-Runde zusammenfassen, die Ministerpräsident Oliver Paasch, die DG-Bürgermeister und der EU-Abgeordnete Pascal Arimont unter Mitwirkung der Verbraucherschutzzentrale (VSZ) im November zu diesem Zweck ins Leben riefen. Regierung und Gemeinden richteten nun ein gemeinsames Protestschreiben an den Bankautomaten-Betreiber BATOPIN.

Bereits am 8. Juni hatte Ministerpräsident Paasch zu einem Arbeitsgespräch mit dem Bankensektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geladen. Anlässlich des Termins wurden dem Automatenbetreiber BATOPIN die Feststellungen und Forderungen der neun deutschsprachigen Gemeinden über die Verfügbarkeit und Qualität von Geldautomaten auf ihrem Gebiet mitgeteilt.

Bei einer weiterführenden Beratung am 8. November stellten der Ministerpräsident und die neun deutschsprachigen Gemeinden fest, dass seit Juni praktisch keine Verbesserungen eingetreten sind. Hierauf wiesen Regierungschef Paasch, der EU-Abgeordnete Arimont und die neun Bürgermeister BATOPIN nun in einem Protestschreiben hin.

Paasch: „Gravierende Mängel wie die mangelhafte Barrierefreiheit bestimmter Automaten oder die in manchen Fällen nicht gegebene Vertraulichkeit der Transaktionen für Sehbehinderte sind inakzeptabel. Darüber hinaus ist die Anzahl Automaten pro Gemeinde in einigen Fällen definitiv nicht ausreichend.“ Auch bedauern Regierung und Gemeinden die in mehreren Fällen festgestellten schlechten Hygienebedingungen. Die grundsätzliche Forderung lautet, den durch die Gemeinden geäußerten Bedarfen für ihre Gebiete unbedingt Rechnung zu tragen.

Mit Blick auf eine Verbesserung der Situation schlug der Ministerpräsident ein erneutes Arbeitstreffen mit BATOPIN vor. Parallel dazu werden die Regierung und die Gemeinden die föderale und europäische Ebene ersuchen, die notwendigen Verbesserungen in Bezug auf eine angemessene Versorgung mit Verteilern herbeizuführen.

„Zu unseren Optionen zählen gegebenenfalls auch juristische Schritte“, so Ministerpräsident Paasch, der sich gemeinsam mit allen Beteiligten, die auf ihrer Ebene bereits für eine Verbesserung der jetzigen Situation eintraten, von einer Bündelung der Kräfte und einem koordinierten Vorgehen eine noch höhere Schlagkraft verspricht - wenngleich bereits Erfolge erzielt werden konnten. „Mangelnde Sauberkeit, Missachtung der Sprachengesetzgebung, geringere Barrierefreiheit, gefährliche Zugänglichkeit, fehlende Diskretion... oder überhaupt kein Geldautomat in der Nähe - die Beschwerden seitens der Bevölkerung, die die Gemeinschaft, die Gemeinden und die VSZ gleichermaßen erreichen, sind so vielseitig wie berechtigt“, so Paasch. Das hier und dort infolge der Interventionen Verbesserungen eingetreten und auch zusätzliche Automaten eingerichtet worden seien, dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gesamtsituation nicht zufriedenstellend sei und es weiterhin Handlungsbedarf gebe.

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be